

Protokoll – Sitzung des Gemeinderates
Mittwoch, den 22.02.2023 um 18:30 Uhr im Bräuhaus/Lenausaal

<u>Beginn:</u>	18:35 Uhr / <u>Ende:</u>	20:30 Uhr	
<u>Anwesend:</u>	Bürgermeisterin	Mag. (FH) Andrea Völkl	ÖVP
	1. Vizebürgermeister	Mag. Martin Falb	ÖVP
	2. Vizebürgermeister	Heinz Scheele	SPÖ
	Stadtrat	Gerhard Dummer	ÖVP
	Stadtrat	Ing. Mag. Herwig Hödl	ÖVP
	Stadtrat	Mag. Felix Koll	ÖVP
	Stadtrat	Dr. Christian Moser	ÖVP
	Stadtrat	Admir Osmanovic	SPÖ
	Stadtrat	Markus Rosenberger	SPÖ
	Stadtrat	Herbert Pohl	FPÖ
	Gemeinderat	Dkkfm. Johannes Bartosch	ÖVP
	Gemeinderat	Martin Franta BEd	ÖVP
	Gemeinderat	Siegfried Gaida	ÖVP
	Gemeinderätin	Monika Handschuh	ÖVP
	Gemeinderat	Gregor Hetzendorfer	ÖVP
	Gemeinderat	Setki Ibraimi	ÖVP
	Gemeinderätin	Eleonore Kopf	ÖVP
	Gemeinderätin	Iris Ludl	ÖVP
	Gemeinderat	Peter Samer	ÖVP
	Gemeinderätin	Margit Weiss	ÖVP
	Gemeinderat	Matthias Zagler	ÖVP
	Gemeinderat	Manuel Kurzmann	SPÖ
	Gemeinderat	Daniel Pollak	SPÖ
	Gemeinderat	Michael Polly	SPÖ
	Gemeinderat	Christian Rester	SPÖ
	Gemeinderat	Jürgen Ruzicka	SPÖ
	Gemeinderat	Jürgen Strahammer	SPÖ
	Gemeinderätin	Mag. Radha Kamath-Petters	GRÜNE
	Gemeinderat	OStR Mag. Walter Klinger	GRÜNE
	Gemeinderat	Mag. Matthias Kubat	GRÜNE
	Gemeinderat	DI Thomas Muth	GRÜNE
	Gemeinderat	Alen Ćorković	FPÖ
	Gemeinderat	Wolfgang Mayer	FPÖ
<u>Entschuldigt:</u>	Stadtrat	DI Dietmar Pfeiler	GRÜNE
	Gemeinderätin	Manuela Trabauer-Rauchbüchl	ÖVP
	Gemeinderat	Yasar Erkol	SPÖ
	Gemeinderätin	Mag. Alexandra Rester	SPÖ

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel

Tagesordnung -Gemeinderat 22.02.2023

Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Genehmigung des Protokolls vom 13.12.2022

Bericht der Bürgermeisterin

1. Antwortschreiben – Resolution ÖBB 15-Minuten-Takt

Bericht des 1. Vizebürgermeisters

2. Beauftragung – Rechtsvertretung in forst- und naturschutzrechtlichen Belangen

Anträge der Bürgermeisterin

3. Verleihung Ehrenring der Stadt Stockerau – Achim Hütten
4. Verleihung Kulturehrenzeichen in Gold – Friedrich Buschmann

5. Verleihung Wirtschaftsmedaille in Gold – Brigitte Kubat
6. Verleihung Wirtschaftsmedaille in Gold – Ruth und Josef Nigrovic
7. Verleihung Wirtschaftsmedaille in Gold – Gabi und Manfred Schindler
8. Verleihung Wirtschaftsmedaille in Gold – Ursula und Wolfgang Dienst
9. Verleihung Wirtschaftsmedaille in Gold – Ing. Fritz Huemer

Antrag des 1. Vizebürgermeisters

10. Berufung gegen Zahlungserleichterungsbescheid

Ref. 03 – Antrag Stadtrat Finanzen

11. Basisförderung 2022 – Kultur- und sonstige Vereine/Organisationen

Ref. 01 – Anträge Stadtrat Bauwesen und Stadtentwicklung

12. Änderung – Bebauungsplan
13. Änderung und Neudarstellung – Örtliches Entwicklungskonzept
14. Erweiterung Volksschulen – Neubesetzung Baubeirat
15. Restaurierung – Trauungssaal
16. Beauftragungen – Strauchwipfelweg

Ref. 02 – Anträge Stadtrat Beteiligung und Liegenschaften

17. Dienstbarkeitsvertrag – Netz NÖ V2023/0124 – Trafo Schulweg
18. Zu- und Abschreibungen öffentliches Gut – Landesstraßen

Ref. 08 – Antrag Stadtrat Verkehr, Infrastruktur und Straßen

19. Radweg Gaswerkstraße – Vertrag EVN

Ref. 09 – Antrag Stadtrat Verwaltung und Digitalisierung

20. Hinweisgeber-Portal

Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Vökl eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Vor Eingehen in die Tagesordnung gibt die Bürgermeisterin bekannt, dass folgende Tagesordnungspunkte abgesetzt werden:

10. Berufung gegen Zahlungserleichterungsbescheid
11. Basisförderung 2022 – Kultur- und sonstige Vereine/Organisationen

Genehmigung des Protokolls vom 13.12.2022

Vökl: Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 13.12.2022 unverlesen zu genehmigen. Hier gab es Einwendungen und diese konnten auf direktem Weg abgeklärt werden.

Kamath Petters: Ich möchte noch etwas zum Protokoll sagen. Ich habe das auch schon im Ausschuss angesprochen. Ich würde bitten für die Sitzungen ab jetzt eine doppelte Vorsorge zu treffen, damit die Wortprotokolle funktionieren. In dieser Funktionsperiode war es schon zweimal, dass wir erfahren mussten, dass diese Aufnahme nicht funktioniert hat. Unser Tipp ist die Aufnahme in zweifacher Ausführung zu machen. Vielen Dank.

Falb: Wir werden in der nächsten Gemeinderatssitzung einen Aufnahmeversuch machen in Hinblick auf den kommenden Live-Stream. Es ist gewährleistet, dass es zwei Aufnahmen gibt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0

	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen	ÖVP	17
	SPÖ	9
	GRÜNE	4
	FPÖ	3

Bericht der Bürgermeisterin

1. Antwortschreiben – Resolution ÖBB 15-Minuten-Takt

Sachverhalt

Völk: Folgende sinngemäße Rückantworten erhielt die Stadtgemeinde auf das Schreiben „15-Minuten-Takt-Resolution“:

Vom Büro BM Leonore Gewessler:

Derzeit kein 15-Minuten-Takt möglich, da die S-Bahnlinie S3 durch Regionalexpresszüge überlagert wird und sich daher in Stockerau ohnehin eine wesentlich dichtere Zugfolge ergibt. Für die nächsten Jahre ist aber ein umfangreiches Modernisierungsprogramm geplant, im Zuge dessen könnte 2028 ein neues Fahrplangefüge mit engerem Takt realisiert werden.

Vom Büro Stadträtin Ulli Sima:

Das Angebot an der S3 Strecke wurde in den letzten Jahren schrittweise verdichtet, aktuell steht ein Angebot von mindestens 4 Zügen pro Stunde zur Verfügung. Mit dem „2. Schieneninfrastrukturpaket“ haben sich die Stadt Wien und die ÖBB im Frühjahr 2022 auf eine gemeinsame Finanzierung von massiven Ausbau- und Verbesserungsmaßnahmen auf Stammstrecke und Südbahn geeinigt. Für Details wird an das Land NÖ und den VOR verwiesen.

Vom Amt der NÖ Landesregierung:

Nach Angaben der ÖBB sei es aktuell nicht möglich, die S3 im 15 Minuten Takt weiter bis Stockerau zu führen, da der nachfolgende Regionalexpress 3 von/nach Retz bzw. Znaim dadurch aufgehalten werden würde. Langfristig ist der 15 Minuten Takt jedoch angedacht, wobei die Umsetzung abhängig ist vom Fortschritt der ÖBB hinsichtlich Infrastrukturausbau, Fahrzeugbeschaffung etc.

Von der ÖBB:

In NÖ ermittle der VOR die Wünsche und Anforderungen an den Fahrplan. Hierbei sei es wichtig, das ganze System vom gesamten europäischen Bahnnetz bis zur einzelnen Gemeinde im Auge zu haben. Unter den aktuellen Gegebenheiten sei es nicht möglich, die S3 im 15 Minuten Takt weiter bis Stockerau zu führen, da der nachfolgende Regionalexpress 3 von/nach Retz bzw. Znaim dadurch aufgehalten werden würde. Dies würde insgesamt das Angebot für die KundInnen stark verschlechtern.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zur Kenntnis genommen

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17

SPÖ	9
GRÜNE	4
FPÖ	3

Bericht des 1. Vizebürgermeisters

2. Beauftragung – Rechtsvertretung in forst- und naturschutzrechtlichen Belangen

Sachverhalt

Falb: Angesichts der Entwicklungen der letzten Monate, in welchen gegen verschiedene Forstarbeiten der Stadtgemeinde im Hinblick auf den Natur- und Umweltschutz regelmäßig Verfahren bei diversen Behörden angestrengt werden, ist eine spezialisierte anwaltliche Vertretung notwendig geworden. Neben allfälligen Beratungstätigkeiten soll damit auch die fundierte, auf diesen Rechtsbereich spezialisierte Vertretung, vor Behörden und Gerichten sichergestellt werden. Möglicherweise wird im Zuge dieser Verfahren auch die Einholung von Gutachten aus den Fachgebieten der Forstwirtschaft und des Natur- und Umweltschutzes erforderlich. Beauftragt werden soll Dr. Maximilian Schaffgotsch, Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Forst- und Umweltrecht, bis zu einem Betrag von € 45.000,- netto. Die Leistungen werden nach tatsächlichem Aufwand abgerechnet. Der Aufwand ist im Budget 2023 gedeckt.

Ich berichte über die Beauftragung eines Rechtsvertreters der Stadtgemeinde in forst- und naturschutzrechtlichen Belangen. Warum berichte ich das hier? Es hat in den letzten Wochen eine ziemlich mediale Berichterstattung zu dem Thema gegeben. Es gibt Bemühungen gegen die Stadtgemeinde Stockerau bzw. die Republik Österreich vorzugehen. Im Wesentlichen geht es darum, dass in der Au Wiederaufforstungsmaßnahmen durchgeführt wurden und laufend durchgeführt werden. Da geht es um 3 Flächen in der Größe von insgesamt einem dreiviertel Hektar. Deswegen gibt es den Vorwurf, dass naturschutz- bzw. forstschutzrechtliche Vorgaben/Bestimmungen nicht eingehalten wurden. Dieser Vorwurf ist unter anderem auch an die Naturschutzbehörde gegangen und die Naturschutzbehörde ist jetzt im Austausch mit uns. Wir sind der Auffassung, dass wir sämtliche forst- und naturschutzrechtliche Vorgaben eingehalten haben. Wir gehen nach dem Waldbaulichen Konzept, welches seit 2 Jahren bei der Naturschutzbehörde vorliegt. Das zweite ist, dass die Republik Österreich belangt werden soll und da wird die Stadtgemeinde Stockerau als Anlass/Beispielfall für die ungenügende Umsetzung der Habitatrichtlinien/Vogelschutz-richtlinien genommen. Das ist ein relativ komplexes juristisches Verfahren wozu wir diese rechtliche Beratung/Vertretung benötigen. Wir haben im Stadtrat am 15.02.2023 die Beauftragung des Rechtsanwaltes Dr. Maximilian Schaffgotsch mit einem Maximalbetrag von 45.000 € netto mehrheitlich beschlossen. Der Herr Schaffgotsch ist in Forst- und Umweltrechtbelangen ein ausgewiesener Fachexperte. Wir haben den Herrn beauftragt, damit uns keine juristischen Fehler passieren. Nachdem die Gegenseite, welche sich ohnehin öffentlich zum Großteil deklariert hat, auch anwaltlich und von Sachverständigengutachten begleitet ist. Da bleibt der Stadtgemeinde nichts anderes übrig als das auch zu tun.

Völkl: Eine Wortmeldung von Herrn Gemeinderat Kubat.

Falb: Ich glaube, dass der Herr Gemeinderat Kubat in der Sache befangen ist. Er nimmt normalerweise die Befangenheitsregeln ernst. Nachdem er die Gegenseite unter anderem repräsentiert bzw. finanziert, welche gegen die Stadtgemeinde vorgeht, ist es meiner Meinung nach ein Verhandlungsgegenstand in eigener Sache. Er ist daher befangen, sowohl bei der Beratung als auch bei der Abstimmung.

Kubat: Ich sehe keine Befangenheit. Ich übe meine Meinung, welche ich bezüglich der Bewirtschaftungsmethode in der Stockerauer Au habe. Ich finanziere bzw. ich spende Geld an eine NGO, die dieses Rechtsverfahren durchführt. Ich sehe hier keine Befangenheit, weil ich meine Meinung über NGO's ausübe. Das ist mein privatrechtliches Ding und in eigener Sache

wäre, wenn ich irgendeinen Vor- oder Nachteil dabei hätte. Ich habe in dieser Rechtssache weder einen Vorteil oder einen Nachteil, vermögensrechtlich noch privatrechtlich.

Falb: Das fordert die Gemeinde auch nicht.

Völkl: Darf ich nur kurz dazu etwas sagen. Wir haben dieses ganze Schreiben über den Dr. List per Mail und per Post erhalten. Wir wurden aufgefordert den Sachverhalt darzustellen. Wir haben ihm zurückgeschrieben und haben ihn gefragt, wen er vertritt. Der Herr Dr. List hat zurückgeschrieben, „Seine Mandanten möchten nicht genannt werden.“ Wir sind jetzt in Stockerau bei einem Gemeinderat und besprechen darüber. Wir haben über die Medien die Information erfahren. Das finde ich seltsam, dass man nicht miteinander redet. Du sitzt als Gemeinderat drinnen und bist aber auch gleichzeitig eine Privatperson. Warum wir diese Schritte ergreifen. Der Herr Dr. List hat uns einen Sachverhalt von einem Hektar geschrieben, wobei der zuständige Stadtrat natürlich im Vorfeld informiert wurde wie viele Flächen und wie groß das wirklich ist. Es sind nämlich 3mal 2.500 m². 2.500 m² sind ca. soviel als wenn wir ein Haus auf einem größeren Grundstück bauen. Da wird diese Maßnahme getroffen. Diese Flächen sind auch nicht zusammenhängend. Da würde ich jetzt einmal sagen, das ist meine Wahrnehmung, dass hier ein Rechtsanwalt von einem Gemeinderat in seiner Funktion als Privatperson beauftragt wurde. Dieser Gemeinderat hat den Sachverhalt gekannt und wissentlich keine richtigen Angaben weitergeleitet. Darum müssen wir als Stadtgemeinde uns eine Rechtsvertretung nehmen. Jeder kann sich darüber eine Meinung bilden, aber es nicht okay. Das ist eine Frage der Haltung, des Charakters. Ich weiß nicht, welche Frage das ist, dass man einen Rechtsanwalt mit falschen Tatsachen beauftragt. Unsere Au ist krank. Die Bäume haben das Eschentriebsterben. 40 % unseres Waldes besteht aus Eschen. Wir haben kahle Flächen. Fast jeder zweite Baum geht an dem Eschentriebsterben zu grunde. Unsere Au ist ein Naturschutzgebiet, deswegen haben wir auch Schutzziele zu verfolgen. Diese Schutzziele beinhalten auch, dass wir unsere Au bewahren, dass wir den Baumbestand auch erhalten. Das ist wichtig für die CO² Bilanz und das Klima. Damit diese Au so bleibt muss man aufforsten und das tun wir. Dieser Wald hat eine Klimafunktion, aber er hat auch eine Wasserschuttfunktion. Wir beziehen unser Trinkwasser von der Au. Wir können uns das auch ausmachen, dass wir keine Bäume brauchen und setzen auf die Naturverjüngung bzw. lassen alles umfallen. Wir haben 20 % der Au außer Nutzung gestellt. Dort sieht man auch die Entwicklung wie es dort ist und wie eine Naturverjüngung stattfindet. Es ist unsere Aufgabe für die nächsten Generationen hier Bäume zu pflanzen und das benötigt auch die Maßnahmen. Diese Maßnahmen waren 3 kleine Flächen, die verstraucht und unabhängig von einander waren. Es war kein Hektar und es war nicht zusammenhängend. Man höre und staune, Bäume sind dort auch nicht mehr gestanden.

Kamath-Petters: Zu Thema Geschäftsordnung möchte ich noch etwas sagen. Ich möchte jetzt nicht inhaltlich darauf eingehen. Wir haben hier unsere Experten für heute sitzen. Ihr habt gesagt, der Matthias soll sich hier nicht zu Wort melden. Gleichzeitig attackierst du ihn und ich würde bitten, dass er hier auch seine Stellungnahme abgeben kann. Es kann jeder und jede darüber reden und der Herr Kubat kann nicht Stellung nehmen. Wir können alle auf ihn einreden und er darf sich nicht zu Wort melden. Das finde ich passt ab jetzt nicht. Danke.

Kubat: Vielen Dank an den Herrn Vizebürgermeister für den Bericht. Ich wollte zu zwei Punkten einmal Stellung nehmen. Wegen den Wiederaufforstungsmaßnahmen, wenn man vorher einen Kahlschlag durchführt und dann häckselt.

Völkl: Es war kein Kahlschlag. Dort sind keine Bäume gestanden, sondern es war ein Gebüsch, jedoch kein Baum. Wir wollen bei der Wahrheit bleiben.

Kubat: Darf ich ausreden, okay? Da war eine Strauchschicht und die ist jetzt weg. Es war ein Kahlschlag. Es wurde auch an 3 Flächen gehäckselt und gemulcht. Das andere ist das Waldbauliche Konzept, was der Herr Vizebürgermeister Falb schon nannte. Dort ist die Frage, ob das naturschutzrechtlich bewilligt worden ist und dem Konzept nachgegangen wurde. Ich möchte nochmal zum Verfahren allgemein eine Frage stellen. Der Herr Stadtrat Pfeiler hat in

seiner Funktion als Umweltgemeinderat einen Brief erhalten, wo es von der Naturschutzbehörde hieß, es wurde ein Verfahren gemäß § 35 in Verbindung mit 10, 11 und 18 NÖ Naturschutzgesetz, eröffnet. Beim § 35 heißt es, dass dann sofort Maßnahmen von der Naturschutzbehörde gelten. Das heißt, die Behörde kann sagen, stopp dieser weiteren Bewirtschaftungsmethoden. Jetzt wollte ich den Herrn Vizebürgermeister fragen, gab es seitens der Behörde diese Auskunft und diese Aussage „Diese Bewirtschaftungsmethode einmal stoppen solange es nicht geklärt wurde.“

Falb: Dazu kann ich jetzt nichts sagen, darüber habe ich keine Kenntnis.

Kubat: Dann würde ich gerne einen Schritt weiterdenken.

Falb: Wir sind derzeit in einem Dialog mit der Naturschutzbehörde. Die hat der Gemeinde verschiedene Fragen gestellt, die wir beantworten bis zum 03.03.2023 mit Hilfe des Rechtsanwaltes.

Kubat: Ich würde gerne einen Schritt weitergehen. Wir haben, wie die Frau Bürgermeisterin schon ausgeführt hat, ein Naturjuwel, die Stockerauer Au. Die Au gilt es zu beschützen. Jetzt sind hier Rechtsmeinungen und die Rechtmäßigkeit der jetzigen Bewirtschaftungsmethode kennen wir noch nicht. Das ist alles im Laufen, so wie es der Herr Vizebürgermeister Falb genannt hat. Um die Au weiterhin zu schützen würde ich vorschlagen, dass wir so voran gehen, in dem wir uns als Gemeinderat auferlegen diese jetzige Bewirtschaftungsmethode auszusetzen und dann auf die Rechtmäßigkeit warten, was die Naturschutzbehörde dazu sagt und was die EU-Kommission dann sagen wird. Was da passiert ist, es dauert meiner Meinung nach viele Generationen bis das wiederhergestellt ist. Deswegen würde ich gerne den Antrag vorbringen:

Der Gemeinderat möge beschließen, bis zur Klärung der Verfahren seitens der NÖ Naturschutzbehörde und der EU-Kommission soll die gegenständliche Bewirtschaftungsmethode, die wie bei der Vorstellung im Au-Beirat weitere 2 Hektar betrifft im Laufe des Jahres 2023 ausgesetzt werden.

Völkl: Bevor wir diesen Antrag behandeln, wird Frau Mag. Kuzmich sagen, was die NÖ Landesbehörde gesagt hat.

Kuzmich: Wir haben seitens der Naturschutzbehörde ein Aufforderungsschreiben bekommen, darin wird um Stellungnahme ersucht. Es wird seitens der Naturschutzbehörde geprüft, ob die durchgeführten Maßnahmen eine Verletzung darstellt von § 9, weil es zum Teil im Europaschutzgebiet liegt, § 10 Naturschutzgebiet und auch § 18 der Artenschutz allenfalls mitbetrachtet werden muss. Sofern die Behörde, welche das gerade prüft, zu den Ergebnis kommt würde, dass eine naturschutzbehördliche Bewilligung für diese Maßnahme erforderlich gewesen wäre. Das ist alles noch in Prüfung. Faktum ist, dass der Naturschutzbehörde seitens der Stadtgemeinde vorgelegt wurde, genau dieses Waldbauliche Konzept, dass gewisse Maßnahmen auch die gegenwertigen unseres Erachtens einschließen. Das wird geprüft, das ist der Naturschutzbehörde bekannt und zwar schon sehr lange bekannt, nämlich seit einem Zeitraum von über 2 Jahren. Das haben wir seitens der Stadtgemeinde zur Kenntnis gebracht und das wurde einfach zur Kenntnis genommen. Wir haben keine Aussage bekommen, dass das eine Bewilligungspflicht ausgelöst hätte nach dem NÖ Naturschutzgesetz. Wir haben auch nichts vorliegen dergleichen, dass jetzt sofort die Maßnahmen zu stoppen wären. Das kann ich jetzt natürlich nicht verifizieren, welchen Brief der Herr DI Pfeiler von der Naturschutzbehörde erhalten hat. Ich kann nur sagen was bei uns eingelangt ist, das ist in Prüfung und wir sind aufgefordert die Maßnahmen darzulegen. Wie das abgehandelt ist wirklich detailliert, ob das Naturschutzgesetz eingehalten worden ist.

Völkl: Darf ich auch noch dazu etwas sagen. Das ist genau das, was ich Eingangs gesagt habe. Ihr habt dort hingeschrieben, nämlich „einen Hektar zusammenhängende Fläche“. Das ist genau der Grenzwert, der nicht überschritten werden darf. Wir haben nur 2.500 m² und

aufgrund der Aussage von einem Hektar wird jetzt geprüft. Das ist das, was nicht okay ist. Ihr wisst genau, dass es nur 3 kleine Flächen, die nicht zusammenhängend waren, sind. Ihr lügt dort hin und beauftragt einen Rechtsanwalt. Da muss ich sagen, dass man so schon Politik machen kann. Wenn das eure Politik ist nicht die Wahrheit zu sagen, sondern einen Hektar in den Raum zu stellen, im Wissen das es keiner ist, das finde ich übel.

Franta: Nur zur Verständnisfrage lieber Matthias. Du finanziert bzw. Co-finanziert den Anwalt der Gegenseite, richtig? Habe ich das richtig verstanden?

Kubat: Das wurde auch in der Zeitung bekannt gemacht. Ich stehe dazu, ich habe die NGO.

Franta: Das reicht schon.

Kubat: Ich spende der NGO, die das macht.

Franta: Man muss nicht alles glauben was in der Zeitung steht, das habe ich schon gelernt. Ich habe mir gedacht, dann frag ich nochmal nach, weil ich deine Aussage sehr schätze. Jetzt die nächste Frage, also wenn es zu einen Rechtsstreit kommt, kann es sein, dass du wieder etwas Spenden wirst.

Kamath-Petters: Ist das jetzt eine Diskussion?

Franta: Du bist nicht dran und du mischt dich ein, das passt nicht. Du hast vorher den Matthias angewiesen, sich nicht einzumischen. Ich möchte auch, dass du dein Wort auch auf dich beziehst, liebe Radha. Wer selbst im Glashaus sitzt.

Kamath-Petters: Ich habe eine Frage zu dieser Diskussion.

Franta: Ist es im Bereich des Möglichen?

Kubat: Das kann ich jetzt nicht sagen, dass muss ich offen und ehrlich sagen. Das war eine Einmalsspende.

Franta: Aber du kannst es nicht sagen und du bist vorher gebeten worden, dich der Aussage zu enthalten, weil du selber betroffen bist. Du hast gesagt, du bist vermögensrechtlich nicht betroffen und jetzt ist es im Bereich des Möglichen, dass du wieder etwas spendest. Damit bist du vermögensrechtlich betroffen.

Kubat: Nein, das ist etwas ganz anderes. Das muss man differenziert sehen.

Franta: Naja, das betrifft dein Geld und dein Vermögen. Damit bist du betroffen.

Kubat: Nein, weil ich selber frei entscheiden kann, ob ich das mache oder nicht. Hier ist es eine eigene Rechtssache, das möchte ich jetzt kurz betonen. Ich habe keinen Vermögensvorteil. Wenn dieses Rechtsverfahren für die NGO positiv ausgeht, dann habe ich keinen Vermögensvorteil oder -nachteil. Denn ich muss nichts machen. Das ist schon ein sehr großer Unterschied. Geht es jetzt nur um meine Spenden?

Franta: Ich wollte nur schauen, ob du befangen bist.

Völkl: Darf ich dich unterbrechen? Herr Stadtrat Dummer hat auch noch eine Wortmeldung.

Dummer: Ich meine vermögensrechtlich betroffen sind auf jeden Fall die Bürger:innen in Stockerau, die müssen jetzt bis zu 45.000 € für den Anwalt bezahlen. Damit man diese Fake-News, die verbreitet werden, entkräftet. Das ist für mich als Finanzstadtrat nicht erfreulich. Ich hätte das Geld lieber den SooGut Markt gegeben, in einen Spielplatz investiert, ein paar Wege beim Friedhof hergerichtet oder andere Sachen damit gemacht. Es gäbe eine Menge sinnvolle

Projekt, die man damit machen könnte, mit diesen 45.000 €. Das ist das eine. Das andere ist, dass Expertentum der Juristen, wie man einen Wald richtig pflegt. Wir haben den Herrn Ing. Els jahrelang für die Verantwortung der Au gehabt. Er hat diese Au sehr gut gepflegt über Jahrzehnte. Wenn man jetzt aufs Luftbild schaut sieht man, dass die Au von Tulln bis Korneuburg sehr stark bewirtschaftet wird. Der grünste Teil, wenn man grob drüber schaut, ist die Stockerauer Au. Die Au hat mehr als 4 Mio. m² und bei 7.500 m² haben wir jetzt eine neue Bewirtschaftungsmethode eingeführt. Das sind 7.500 m² von mehr als 4 Mio. m², das sind immer die Zahlen. Die Zeiten haben sich geändert. Der Klimawandel ist da und das wissen wir alle. Die Au wird nicht mehr regelmäßig überschwemmt. Wir haben keine Hochwässer mehr, sondern das Gegenteil nämlich Trockenheit. Jetzt muss man darauf reagieren. Das, was vor 30 Jahren funktioniert hat, funktioniert heute nicht mehr. Wir haben das Glück, dass wir einen sehr guten Förster gewinnen haben können. Jemand, der von Kind auf schon mit dem Wald aufgewachsen ist und der glaube ich, in vierter oder dritter Generation Förster ist und der weiß, was notwendig ist. Ich glaube besser als der Herr Dr. Schaffgotsch, besser als der Herr Dr. List und besser als Herr Mag Kubat. Ich vertraue unseren Förster in dem Punkt sehr viel mehr als Ihrer Fachmeinung, aber das ist halt individuell. Ich habe lange in Bisamberg gewohnt, das ist vielleicht auch bekannt. Der Bisamberg ist auch ein Natura 2000 Gebiet. Dort wird seit 15 Jahr gehäckselt, gemulcht und durchforstet. Der Wald ist trotzdem noch nicht gestorben. Im Gegenteil, er entwickelt sich. Man muss auf die Gegebenheiten reagieren. Ich kann nicht sagen Augen zu und durch ist längst vorbei, der Klimawandel ist da. Wir alle müssen uns darauf einstellen. Wir sollten eigentlich in dem Punkt zusammenarbeiten. Klimaschutz ist nichts mehr Exotisches, das ist etwas was verantwortliche Bürger und Bürgerinnen betrifft. Da müssen wir alle zusammenarbeiten und nicht gegeneinander. Wenn jetzt irgendwer glaubt, er hat die Weisheit mit dem Löffel gegessen und die Lösung für alles, liegt in dem Punkt falsch. Meisten haben die Juristen die Lösung für alles. Es gibt keine Lösung noch und wir sollten daran arbeiten und zwar miteinander. Darum tut mir diese Ausgabe zu der ich zugestimmt habe schwer weh, weil das einfach rausgeschmissenes Geld ist. Den Naturschutz würde ich nicht den Juristen überlassen sondern denen, die sich auskennen und das ist in unseren Fall früher der Herr Els, jetzt der Förster Micheal Gruber. Soweit ich das als Laie beurteilen kann, macht er das erstklassig. Das ist die Garantie, dass die Stockerauer Au in den nächsten Jahrzehnten eine Zukunft hat. So viel aus meiner Sicht dazu.

Klinger: Ich muss einmal etwas klären. Das Eingriffe in ein Naturschutzgebiet, und das kann man nachlesen, dann als erheblich zu bezeichnen sind, wenn 500 m² betroffen sind. Das möchte ich klarstellen und das wurde eindeutig überschritten. Ich möchte nur auf das eingehen betreffend Lüge. Ich sage, wenn die Stadtgemeinde vorher betreffend geplante Eingriffe im Naturschutzgebiet bei der zuständigen Naturschutzbehörde in St. Pölten informiert hätte und die Beurteilung von der Behörde eingeholt hätte, wäre es nicht zu diesen Aussagen, die jetzt schon festgeschrieben sind, gekommen. Ich erwarte zumindest eine Entschuldigung für das Wort Lüge.

Völkl: Was habt ihr gemeldet, die Mandanten, die nicht genannt werden wollen? Was habt ihr gemeldet dem Herrn List? Habt ihr 2.500 m² oder 1 Hektar gemeldet? Warum schreibt er dann einen Hektar und warum schreibt er „Müssen sich erst Menschen ankleben, dass etwas für den Naturschutz in Stockerau gemacht wird?“.

Kubat: Ich möchte jetzt noch einmal sagen, dass die Stellungnahme von Herrn Dr. List samt den gesamten Schreiben von der NÖ Naturschutzbehörde, wie auch von der BH Korneuburg plus dem darauf fundierten Gutachten von Herrn Dr. Zwicker wurde alles transparent weitergegeben und auch eine Bitte, dass diese an den Gemeinderat weitergeleitet wird. Das ist auch sehr ersichtlich, wie man auf diese Flächen kommt etc.

Völkl: Man kommt auf die Fläche nicht.

Kubat: Das wird ja jetzt die Naturschutzbehörde überprüfen. Die Fläche aus Landrecht und Baublatt, das ist eine gerichtlich anerkannte Richtlinie, da wurde ein Erheblichkeitsmaß festgelegt und alles was über 500 m² ist erheblich und beeinträchtigt. Das steht auch im

Gutachten von Herrn Dr. Zwicker. Zum Wasserschutzwald, wenn man die Flächen häckselt und mulcht, zerstört man auch die Wurzeln. Das heißt, das Regenwasser, das auf diese Flächen fällt kommt ungefiltert in das Grundwasser. Diese Wurzelschicht mit Kraut-, Strauch- und Baumschicht filtert auch das Wasser. Zum Waldbaulichen Konzept, wo es hieß, wir halten uns daran, möchte ich auch festhalten, dass es naturschutzrechtlich nicht bewilligt ist, aber dass man sich aus meiner Sicht nicht daranhält. Ich nehme an, der Herr Vizebürgermeister Falb hat den Punkt gemeint, ich darf ihn vorlesen, das sind nur zwei Sätze „Bestands- und Wartungsflächen: Auf einigen Flächen erfolgt eine Beseitigung des Bruchs ohne Kunstverjüngung. Auf einigen weiteren Flächen erfolgt nach der Beseitigung, das gezielte Einbringen einer Kunstverjüngung. Dies ist für jene Flächen gedacht, wo bislang nicht standortgemäß das Materialstocks, z.B. Fläche Götterbaum“, so ähnlichen Flächen haben wir in Stockerau zum Glück nicht und nun wunschgemäß grobweise 20 – 50 Individuen Pflanzgut eingebracht werden soll. Das heißt, dieses Waldbauliche Konzept geht davon aus, dass man eigentlich keine Kunstverjüngung, sondern im Rahmen der Naturverjüngung arbeitet. Jetzt möchte ich noch Aufgreifen die Fake-News, das finde ich schon ein bisschen heftig. Da hatte ich jetzt eine Frage an Sie, Frau Bürgermeisterin. Wir haben ja in der Zeitung gelesen, als das war mit den neuen Bewirtschaftungsmethoden, beispielsweise im Bezirksblatt 12./13. Oktober 2022 „Au – jetzt wird aufgeräumt“ oder in der NÖN hieß es dann immer „die Naturschutzbehörde ist eingeweiht, hat das bewilligt und es findet eine Zusammenarbeit statt“. Da gab es dann ein Umweltinformationsauskunftsgesetz, wo man fragt „Liebe Naturschutzbehörde, wisst ihr davon?“ Sie haben gesagt, „Nein, wir wissen nichts. Es gibt keine naturschutzrechtliche Bewilligung dafür“. Jetzt ist meine Frage, wie kamen Ihre Aussagen in den Zeitungen, wo es immer hieß „naturschutzrechtlich bewilligt“ und wie lässt sich das mit dem, was die echte Naturschutzbehörde geschrieben hat, vereinbaren? Das würde mich jetzt interessieren.

Völkl: Ich kann das ganz klar beantworten. Es hat dieses Waldbauliche Konzept gegeben. Es hat mehrere Gespräche mit mehreren Beteiligten gegeben und das Waldbauliche Konzept wurde der Naturschutzbehörde zur Kenntnis gebracht. Das haben Sie auch bestätigt, dass es zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie haben keinen Einwand gehabt. Jetzt war der Fall, anscheinend innerhalb der Abteilung, dass ein Beamter vom anderen Beamten was nicht gewusst hat. Aber wir haben ein Mail dazu. Jetzt würde ich gerne, weil die Diskussion schon ziemlich lange dauert, diesen Punkt, wo du gerne einen Antrag stellen würdest, würde ich gerne einen Antrag stellen.

Falb: Ich möchte einen Gegenantrag stellen. „Dass man sich über diesen Gegenstand, den Herr Kubat hier zur Abstimmung bringen will, in dem zuständigen Umweltausschuss berät.“

Völkl: Dann stimmen wir zuerst den Gegenantrag ab.

Kubat: Darf ich dann noch einen Erweiterungsantrag stellen: „Solange es nicht im Ausschuss beraten wurde, werden keine weiteren Maßnahmen getätigt.“

Völkl: Wir stimmen alles ab.

Rosenberger: Grundsätzlich verstehe ich natürlich, dass wir die Rechtsververtretung in forst- und naturschutzrechtlichen Belangen beauftragen. Am Ende soll das Ziel aber doch das sein, dass die Rechtsvertretung und -beratung im Vorfeld, bevor etwas gemacht wird, entsprechend kontaktiert wird, um ganz einfach solche Dinge, die da gerade im Laufen sind hintenanzuhalten. Es kann in keinem Fall das Ziel sein, dass sich Gerichte und Anwälte auseinandersetzen müssen mit dem, was in der Au passiert ist. Das was da raus kommt, ist möglicherweise nicht im Sinne der Au. Wenn das im Vorfeld geregelt ist, brauchen wir die Beauftragung nicht bzw. brauchen wir keine Rechtsvertretung und sowie es schon gesagt worden ist vom Herrn Stadtrat Dummer glaube ich, sind die richtigen Spezialisten was die Au angeht sind nicht die Rechtsanwälte und die Richter. Dass das gerichtlich natürlich irgendwann

entschieden wird ist klar, aber das kann nicht das Ultima Ratio sein, dass dann vor Gericht entschieden wird.

Dummer: Worum es geht, wenn ich das Recht verstanden habe ist, für dreimal 2.500 m² hätten wir keinen Antrag an die Naturschutzbehörde stellen müssen. Das ist das eine und darum sind aus dreimal 2.500 m² 10.000 m² geworden, weil das wäre dann sozusagen beantragungspflichtig gewesen. Aus dem ergibt sich dann der Prozess. Wenn wir schon beim Antrag stellen sind. Ich würde gern den Antrag stellen, dass sich der Herr Mag. Kubat deren Anwalt zurückpfeift und wir die 45.000 € nicht ausgeben müssen.

Falb: Ich wollte auch noch zwei Punkte sagen. Man hat den Eindruck, dass hier versucht wird, den neuen Leiter des Wirtschaftshofes bzw. auch den Förster, so viele Steine wie möglich in den Weg zu werfen. Ich sage das hier und ich werfe den Gemeinderat Kubat auch vor, dass er hier die Speerspitze darstellt. Worum geht's auch? Man kann natürlich diese Kahlfläche, die da waren oder die mit Büschen bestandene Flächen so belassen, wie sie sind. Wir haben leider eine Au im Niedergang, das sagt auch jeder Experte. Dieser schöne Wald, den die Stockerauerinnen und Stockerauer gekannt haben, den gibt es ohnehin nicht mehr seit das Ulmen- und das Eschensterben da war. Wenn wir nichts tun, dann wird über kurz oder lang kein Wald mehr da sein, jedenfalls nicht ein Wald in der herkömmlichen Vorstellung. Was noch wichtiger ist, wir sind angehalten gegen den Klimawandel etwas zu tun. Wir erleben immer wieder, wenn es darum geht Photovoltaik zu ermöglichen, dann sind wir gegen ein Umspannwerk. In dem Fall, nur diese 0,75 Hektar speichern uns ungefähr 10.000 Tonnen CO₂ pro Jahr. Ich glaube, das ist gut und das ist eine Maßnahme im Sinne des Klimaschutzes. Der Bewuchs, der bisher da war, der im Übrigen wieder nachkommt, weil Sträucher kommen auch wieder nach, hat eine deutlich geringere Klimawirkung, das Totholz wie wir wissen de facto gar keine. Wenn wir uns zum Klimaschutz bekennen, dann sollen wir auch unsere Au entsprechend klimafit machen und erhalten und dort wo die Au es nicht ist und das war an diesen sehr kleinen Flächen, auch wiederherzustellen. Aber darum scheint es gar nicht zu gehen. Ich glaube, es geht darum Prügel zu werfen, Recht zu behalten und Maßnahmen, die Mehrheit der demokratischen Waldbesitzer unternimmt, zu sabotieren. Ein Naturjuwel – ja, haben wir. Was wir jedenfalls nicht haben von diesen Naturjuwel, dass es über 30 Jahre lang keine Bestandsdokumentation gibt. Auch das sei gesagt, da wurde in der Vergangenheit geschultert. Auch der naturschutzrechtliche Gutachter, der im Übrigen keinen Augenschein in Stockerau gemacht hat, der keinen Befund abgibt, wenn er das Gutachten liest, sondern der sich nur auf das Hören und Sagen naturkenntlichbewanderten Personen bezieht, war darauf angewiesen, auf 31 Jahre alte Karten. Wir wissen, welcher Dynamik die Au unterworfen ist, das heißt, alleine von daher gibt es schon massive Probleme. Ich wollte den Klimaschutzaspekt hervorbringen, der Wasserschutzaspekt wird von dir abgestritten. Das eine ist die ganz kurzfristige Sicht, aber die mittel- und längerfristige Sicht ist natürlich eine bewaldete Fläche mit einer entsprechenden Wurzeldurchdringung, die deutlich bessere Möglichkeit sei Wasser zu schützen und das Grundwasser als Trinkwasser zu erhalten. Es ist hier niemand und das ist die Unterstellung, die permanent mitspielt, daran interessiert die Au zu vernichten oder die Au zu schädigen. Ganz im Gegenteil, es geht darum die Au zu erhalten bzw. wiederherzustellen dort, wo es Probleme gibt. Als Letztes dieser immer wieder mitspielende Vorwurf, man würde versuchen hier Geld zu machen, ist auch ein völliger Blödsinn. Die gegenwärtige Stadtregierung hat überhaupt nicht die Absicht aus der Au einen riesen Wirtschaftsfaktor zu machen durch den Holzverkauf. Alleine für 450 Hektar einen Förster anzustellen, ist schon dermaßen unwirtschaftlich, dass es Ärger gar nicht mehr geht. Das, was wir aufforsten, tausende Pflanzen, die wir einsetzen, hat gar nichts mehr mit Wirtschaft oder Wirtschaftlichkeit zu tun.

Völkl: Welche Anträge haben wir jetzt?

Falb: Mein Gegenantrag wäre als erster abzustimmen, die Fragestellung wie man mit den Bewirtschaftungsmaßnahmen weitervorgeht in den Umweltausschuss zu verlagern.

Kubat: Darf ich was sagen? Ich habe einen Erweiterungsantrag gestellt „Dass solange das nicht im Ausschuss besprochen worden ist, man diese Maßnahmen jetzt einmal aussetzt.“

Falb: Ich erweitere meinen Antrag nicht so. Den Erweiterungsantrag müsste man nach meinem Antrag abstimmen. Wenn mein Antrag nicht durchgeht, dann wird dein Antrag nicht abgestimmt.

Völkl: Wir stimmen jetzt den Antrag von Herrn 1. Vizebürgermeister ab.

Abstimmungsergebnis:		mehrheitlich beschlossen
Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	4
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	9
	GRÜNE	0
	FPÖ	3

Völkl: Jetzt stimmen wir den Erweiterungsantrag von Herrn Gemeinderat Kubat ab.

Abstimmungsergebnis:		mehrheitlich abgelehnt
Gegenstimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	9
	GRÜNE	0
	FPÖ	3
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	4
	FPÖ	0

Mayer: Entschuldigung ist, dass jetzt schon geklärt, dass wir diesen Rechtsanwalt nehmen?

Völkl: Wir haben die Beauftragung im Stadtrat beschlossen. Damit der ganze Gemeinderat auch davon erfährt, haben wir darüber berichtet.

Anträge der Bürgermeisterin

3. Verleihung Ehrenring der Stadt Stockerau – Achim Hütten

Sachverhalt

Völkl: Achim Hütten wurde am 9. Mai 1957 in Andernach geboren. Nach dem Abitur im Jahr 1977 studierte er Politische Wissenschaften, Soziologie und Verfassungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn. Nach seinem Einstieg in das Berufsleben wurde 1985 Büroleiter der Deutschen Krankenversicherung in Köln. Bereits in jungen Jahren politisch interessiert, trat Achim Hütten 1973 in die SPD ein und begann damit seine politische Karriere. Von 1990 bis 1993 war er Mitglied des rheinland-pfälzischen

Landtags und ebenfalls innenpolitischer und kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion sowie Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik.

Achim Hütten wurde 1993 zum Bürgermeister der Stadt Andernach und im Jahr darauf zu deren Oberbürgermeister gewählt. Seither wurde er dreimal in seinem Amt bestätigt. Hütten steht somit seit fast drei Jahrzehnten einer von Stockerau Partnerstädten vor. Andernach und Stockerau begründeten ihre Städtepartnerschaft am 27. Juli 1984, wobei die Kontakte dieser beiden Städte bis in die 1960er Jahre zurückreichen, als Theateraufführungen mit namhaften Wiener Darstellern durch Vermittlung Stockeraus in der Reihe der Andernacher Burgspiele stattfanden. Während seiner Amtszeit hat Achim Hütten der Partnerschaft mit Stockerau immer Wertschätzung entgegengebracht und dem Zusammenhalt der beiden Städte durch gegenseitigen, oftmals persönlichen Austausch, Ausdruck verliehen.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund der besonderen Verdienste um die Stadt Stockerau wird Herrn Oberbürgermeister Achim Hütten der Ehrenring der Stadtgemeinde Stockerau verliehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	9
	GRÜNE	4
	FPÖ	3

Kurzmann verlässt die Sitzung 19:30 Uhr

4. Verleihung Kulturehrenzeichen in Gold – Friedrich Buschmann

Sachverhalt

Völk!: Dir. i.R. Friedrich Buschmann wurde 1943 in Wien geboren. Nach seiner kaufmännischen Ausbildung war Friedrich Buschmann viele Jahre als Revisor im Sparkassen-Prüfungsverband tätig, später als Vorstand der Sparkasse Stockerau, bis er schließlich 1987 mit den Agenden des Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Stockerau betraut wurde. Friedrich Buschmann war in seiner Freizeit immer vielschichtig interessiert, besonders im sozialen und kulturellen Bereich. Er engagiert sich bis heute sehr aktiv in der Stadt wie beispielsweise bei Essen auf Rädern, in der Kolpingsfamilie, beim Lions Club Kreuzenstein und in späterer Folge auch beim Seniorenbund Stockerau.

Sein Interesse für Geschichte prägt bis heute das historische Wissen der Stadt: Neben Tätigkeiten bei archäologischen Ausgrabungen publizierte er zahlreiche Bücher über Stockerau wie etwa „Stockerau und das südwestliche Weinviertel“, „Führer durch Stockerau – Geschichte, Kulturdenkmäler, Rundgänge“, „Chronik der Stadt – Dein Stockerau“ oder „Die Garnison Stockerau“. Aufgrund der besonderen Bemühungen um das kulturelle und künstlerische Leben in der Stadt Stockerau wird deshalb vorgeschlagen, Herrn Dir. i.R. Friedrich Buschmann das Kulturehrenzeichen der Stadt Stockerau in Gold zu verleihen.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund der besonderen Bemühungen um das kulturelle Leben in der Stadt Stockerau Herrn Dir. i.R. Friedrich Buschmann das Kulturehrenzeichen der Stadtgemeinde Stockerau in Gold zu verleihen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	16
	SPÖ	9
	GRÜNE	4
	FPÖ	3

Kubat verlässt die Sitzung 19:31 Uhr

5. Verleihung Wirtschaftsmedaille in Gold – Brigitte Kubat

Sachverhalt

Völkl: Auf Anregung des Herrn Stadtrates Dr. Christian Moser und der einstimmigen Befürwortung des Wirtschaftsausschusses soll auf der Grundlage der Richtlinien für die Verleihung von Ehrenzeichen Frau Brigitte Kubat mit der Wirtschaftsmedaille in Gold ausgezeichnet werden. Frau Kubat wurde am 13.08.1943 in Stockerau geboren. Nach der Pflichtschule absolvierte sie die kaufmännische Lehre im elterlichen Bäckereibetrieb. Ihr Vater, Fritz Heidl, war politisch sehr aktiv und vertrat als Bundesinnungsmeister der Bäcker die Interessen seiner Berufskollegen. Im Zweiten Weltkrieg war Fritz Heidl auch maßgeblich für die Versorgung Stockeraus mit Brot verantwortlich. Die Backstube war ein offenes, geselliges Haus in dem schon damals die höchsten Politiker des Landes ein- und ausgingen.

Nach dem frühen Tod des Vaters führte Brigitte Kubat mit ihrer Mutter den Bäckereibetrieb weiter. 1973 erfolgte der Umbau zu einem Gastronomielokal, der legendären „Bäckerstube“. Dieses Lokal wurde rasch zum Treffpunkt der Stockerauer Gesellschaft. Sehr oft war aber auch die nationale und internationale Prominenz aus Politik, Wirtschaft, Kunst und Kultur in der „Bäckerstube“ anzutreffen. In den Jahren 1988/89 wurde das ebenerdige Gebäude aufgestockt und das Lokal umgebaut. Für viele Gäste war die „Bäckerstube“ wie eine zweite Heimat und für vier Mitarbeiter ein attraktiver Arbeitsplatz. Am 30.6.1994 wurde die „Bäckerstube“ geschlossen.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Stockerau spricht sich dafür aus, dass Frau Brigitte Kubat für seine jahrzehntelange Tätigkeit im Interesse der Stockerauer Wirtschaft die Wirtschaftsmedaille in Gold verliehen wird.

Moser: Eine kurze Wortmeldung für diese und die nächsten 4 Anträge. Es geht bei allen um wirklich legendäre Unternehmerpersönlichkeiten, die sich in vielen Gebieten sehr positiv eingebracht haben. Personen, die Unternehmen mit wirtschaftlicher Bedeutung aufgebaut haben, die Arbeitsplätze geschafft und gesichert haben, die jungen Menschen Lehrplätze angeboten haben und darüber hinaus soziales bzw. gesellschaftliches Engagement gezeigt haben. Ich möchte ersuchen diese 5 Anträge zu unterstützen. Vielen Dank.

Kamath-Petters: Ich schließe mich dir an. Ich möchte ein anderes Thema aufgreifen in diesen folgenden Anträgen. Es fällt uns alle auf, dass hier Frauen genannt werden. Das ist leider ganz oft nicht der Fall im Wirtschaftskontext. Ich bedanke mich bei den Verantwortlichen, die das eingeleitet haben. Ich wollte noch bitten, dass man auf das in Zukunft achtet. Das hier immer wieder und immer mehr Frauen genannt und geehrt werden. Ich danke.

Völkl: Ja, es sind traditionelle Familienbetriebe, wo Ehepaare zusammen gearbeitet und geschaffen haben. Die einen sehr großen Beitrag geleistet haben. Die nächsten 3 Anträge sind auch traditionsreiche Familienbetriebe.

Abstimmungsergebnis:		einstimmig beschlossen
Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	16
	SPÖ	9
	GRÜNE	3
	FPÖ	3

Kurzmann nimmt wieder an der Sitzung teil 19:37 Uhr

6. Verleihung Wirtschaftsmedaille in Gold – Ruth und Josef Nigrovic

Sachverhalt

Völkl: Auf Anregung des Herrn Stadtrates Dr. Christian Moser und der einstimmigen Befürwortung des Wirtschaftsausschusses soll auf der Grundlage der Richtlinien für die Verleihung von Ehrenzeichen Ruth und Josef Nigrovic mit der Wirtschaftsmedaille in Gold ausgezeichnet werden. Ruth Nigrovic wurde nach ihrer Lehre die jüngste Filialleiterin der Firma Palmers in Wien. Nachdem sie einige Zeit im Autohandel des Schwagers ausgeholfen hatte, eröffnete sie 1971 mit ihrem Gatten Josef das Sportgeschäft in Stockerau, Hauptstraße 34. Lange Zeit war die Firma Nigrovic konkurrenzlos und die spezielle Anlaufstelle für Sportgeräte aller Art in Stockerau. Die persönliche Betreuung der Kunden hatte immer oberste Priorität. Es wurden auch Schiausflüge mit dem eigenen Kleinbus organisiert und viele StockerauerInnen erlernten durch die Familie Nigrovic überhaupt erst das Schifahren. Ein weiterer Schwerpunkt lag im Tennis-Sport. Das Unternehmen war unter anderem berühmt für die speziellen Bespannungen der Tennisschläger. Der Kundenstock erweiterte sich ständig und reichte weit über die Stadtgrenzen von Stockerau hinaus. Insgesamt wurden 3 Lehrlinge ausgebildet, davon blieb 1 Person als Angestellte dem Unternehmen 20 Jahre lang treu. 2012 – nach 41 Jahren – traten Ruth und Josef Nigrovic in den wohlverdienten Ruhestand.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Stockerau spricht sich dafür aus, dass Ruth und Josef Nigrovic für seine jahrzehntelange Tätigkeit im Interesse der Stockerauer Wirtschaft die Wirtschaftsmedaille in Gold verliehen wird.

Abstimmungsergebnis:		einstimmig beschlossen
Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0

	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	9
	GRÜNE	3
	FPÖ	3

Samer verlässt die Sitzung 19:38 Uhr

7. Verleihung Wirtschaftsmedaille in Gold – Gabi und Manfred Schindler

Sachverhalt

Völk: Auf Anregung des Herrn Stadtrates Dr. Christian Moser und der einstimmigen Befürwortung des Wirtschaftsausschusses soll auf der Grundlage der Richtlinien für die Verleihung von Ehrenzeichen Manfred und Gabriele Schindler mit der Wirtschaftsmedaille in Gold ausgezeichnet werden. Manfred und Gabriele Schindler gründeten 1991 den Montagebetrieb „Möbel Montage Schindler“. Bereits im Folgejahr wurde der erste Mitarbeiter aufgenommen. 1994 erfolgte der Bau einer Lagerhalle für Küchen, und 1995 wurde aus dem Montagebetrieb die Tischlerei „Auf und Zu Schindler“. 1998 wurden Filialen in Wien-Ottakring und Floridsdorf eröffnet, und Sohn Markus begann die Tischlerlehre im elterlichen Betrieb. 2002 wurde eine neue Produktionshalle mit modernsten Fertigungs-maschinen errichtet, und bald war es möglich, die am Computer geplanten Objekte direkt in der Produktion umzusetzen. Das Unternehmen entwickelte sich zum weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannten Spezialisten für die Optimierung von Wohn- und Stauräumen. 2012 erfolgte der Umbau des Schauraums und des Büros in Stockerau, 2013 erhielt die Firma das Österreichische Umweltzeichen. 2016 wurde eine weitere Filiale in Wien-Mariahilf eröffnet. Mit 3 Filialen, 26 Mitarbeitern und über 20 ausgebildeten Lehrlingen zählt die Firma „Auf und Zu Schindler“ zu den führenden Tischlereibetrieben des Bezirks.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Stockerau spricht sich dafür aus, dass Gabriele und Manfred für seine jahrzehntelange Tätigkeit im Interesse der Stockerauer Wirtschaft die Wirtschaftsmedaille in Gold verliehen wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	16
	SPÖ	9
	GRÜNE	3
	FPÖ	3

Kubat nimmt wieder an der Sitzung teil 19:41

8. Verleihung Wirtschaftsmedaille in Gold – Ursula und Wolfgang Dienst

Sachverhalt

Völk: Auf Anregung des Herrn Stadtrates Dr. Christian Moser und der einstimmigen Befürwortung des Wirtschaftsausschusses soll auf der Grundlage der Richtlinien für die Verleihung von Ehrenzeichen Wolfgang und Ursula Dienst mit der Wirtschaftsmedaille in Gold ausgezeichnet werden. Wolfgang Dienst, geb. am 04.03.1960, erlernte den Beruf des Hotel- und Gastronomiefachmannes an der Fremdenverkehrsfachschule St. Pölten. Im Anschluss absolvierte er die Lehre als Koch im Hotel Bristol Wien. Danach folgten Saisonaufenthalte in einigen österreichischen Top-Hotels. Während seines Aufenthaltes in Stuttgart war er bereits mit 21 Jahren Geschäftsführer von 3 Betrieben der Wienerwald-Kette. In Stuttgart lernte er auch seine Gattin Ursula kennen, welche damals ebenfalls einen Gastronomiebetrieb leitete und dringend einen Koch suchte. 1984 zog das Paar nach Stockerau und arbeitete zunächst in der elterlichen „Lenaustuben“ mit. Am 27.11.1991 eröffneten Wolfgang und Ursula Dienst das Pizzeria-Restaurant „Peppino“ in der Horner Straße 41. Von August 1993 bis Dezember 1999 wurde zusätzlich das Lokal „Klim Bim“ in der Schießstattgasse von der Familie Dienst betrieben. 2010 erfolgte der Zubau eines Wintergartens, somit bot das „Peppino“ inklusive Gastgarten Platz für 190 Gäste. 2012 wurde das Angebot um die Hauszustellung erweitert. Am 18.12.2022, nach 31 Jahren, wurde das „Peppino“ vor allem aufgrund des Fachkräftemangels in der Gastronomie geschlossen.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Stockerau spricht sich dafür aus, dass Ursula und Wolfgang Dienst für seine jahrzehntelange Tätigkeit im Interesse der Stockerauer Wirtschaft die Wirtschaftsmedaille in Gold verliehen wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	16
	SPÖ	9
	GRÜNE	4
	FPÖ	3

9. Verleihung Wirtschaftsmedaille in Gold – Ing. Fritz Huemer

Sachverhalt

Völk: Auf Anregung des Herrn Stadtrates Dr. Christian Moser und der einstimmigen Befürwortung des Wirtschaftsausschusses soll auf der Grundlage der Richtlinien für die Verleihung von Ehrenzeichen Herr Ing. Friedrich Huemer mit der Wirtschaftsmedaille in Gold ausgezeichnet werden. Friedrich Huemer, geb. am 28.05.1954, absolvierte die HTBLA für Hoch- und Tiefbau in Krems. Von August 1974 bis April 1993 war er 16 Jahre als Techniker und 2 Jahre als Dienststellenleiter der Bundesgebäudeverwaltung in Stockerau tätig. 1993 beendete er seine Tätigkeit im öffentlichen Dienst, legte die Prüfung zum Baumeister ab und gründete sein eigenes Bauunternehmen als GmbH, welches er in der Prager Straße 5 bis zu seinem Pensionsantritt im Mai 2019 führte. Neben zahlreichen privaten Bauprojekten übernahm Ing. Huemer als Baumeister auch Verantwortung für öffentliche Gebäude, wie z.B.

die Trockenlegung und Fassadenerneuerung der katholischen Stadtpfarrkirche inklusive des Kirchturms oder den Zu- und Umbau des Finanzzentrums. In Spitzenzeiten war er Arbeitgeber für 30 Mitarbeiter. Ing. Huemer war es auch immer ein Anliegen, sich für die Interessen der Stockerauer Wirtschaft einzusetzen. Als Gemeinderat (1989 – 2015), als Stadtrat für Wirtschaft, als Stadtgruppenobmann des Wirtschaftsbundes und als Gründer der Meistergruppe Stockerau trug er wesentlich zum Wirtschaftsleben in unserer Stadt bei.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Stockerau spricht sich dafür aus, dass Herrn Ing. Friedrich Huemer für seine jahrzehntelange Tätigkeit im Interesse der Stockerauer Wirtschaft die Wirtschaftsmedaille in Gold verliehen wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	16
	SPÖ	9
	GRÜNE	4
	FPÖ	3

Antrag des 1. Vizebürgermeisters

10. Berufung gegen Zahlungserleichterungsbescheid

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

Ref. 03 – Antrag Stadtrat Finanzen

11. Basisförderung 2022 – Kultur- und sonstige Vereine/Organisationen

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

Samer nimmt wieder an der Sitzung teil 19:44 Uhr, Weiss verlässt die Sitzung 19:46 Uhr

Ref. 01 – Anträge Stadtrat Bauwesen und Stadtentwicklung

12. Änderung – Bebauungsplan

Sachverhalt

Rosenberger: Es hat sich gezeigt, dass bei bestehenden Widmungskategorien durch aufrechte gewerberechtliche Bewilligungen Lärmbelastungen im Betriebsbauland entstehen können, die zu einer Beeinträchtigung von Wohnnutzungen im Wohnbauland führen können. In diesem Fall ist die Begrenzung der Höhe der Einfriedung (max. 1,60 m) zur Errichtung einer effizienten Abschirmung (in Form einer Lärmschutzwand) nicht ausreichend, um adäquaten Schutz zu bieten. Im Fall von gegenüberliegenden, durch Verkehrsflächen getrennte Grundstücke mit Widmungen mit erhöhten Emissionen soll zukünftig auch die Errichtung einer massiven Einfriedung (als Lärmschutzwand) mit einer maximalen Höhe von 2,00 m zulässig sein. Der Entwurf des Bebauungsplans wurde gem. §33 NÖ ROG 2014 6 Wochen in der Zeit

vom 23.12.2022 bis 03.02.2023 öffentlich kundgemacht und ist während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht im Stadtbauamt aufgelegt. Die von den Änderungen betroffenen Grundeigentümer wurden schriftlich informiert. Innerhalb der Auflegungsfrist wurden keine Stellungnahmen abgegeben. Bezüglich der Begründungen der beabsichtigten Abänderungspunkte wurde vom Ortsplaner DI Michael Fleischmann der beigelegte Bericht vom Februar 2023 vorgelegt.

Nachstehender Änderungspunkt soll veranlasst werden:

- Änderung der Bebauungsbestimmungen

Die entsprechenden Änderungen sind im Erläuterungsbericht des DI Michael Fleischmann vom Februar 2023 dokumentiert.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau beschließt folgende

VERORDNUNG

§ 1 Auf Grund des § 34 des NÖ Raumordnungsgesetz 2014, LGBl. 03/2015 i.d.g.F., werden die bisher gültigen Bebauungsbestimmungen abgeändert.

§ 2 In den Bebauungsvorschriften wird im Abschnitt I.5.3. dem Punkt I.5.3.1 folgender Satz eingefügt.

Eine als Lärmschutzwand ausgefertigte Einfriedung kann mit einer Höhe von maximal 2 m ausgeführt werden, um die Lärmhöchstwerte im Wohnbauland einzuhalten. Dies gilt bei unterschiedlichen Baulandwidmungskategorien zu gegenüberliegenden, durch eine oder mehrere Verkehrsflächen getrennte Grundstücke.

§ 3 Die Plandarstellung ist mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen und liegt im Gemeindeamt während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 4 Diese Verordnung tritt nach ihrer Kundmachung mit dem auf den Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	16
	SPÖ	9
	GRÜNE	4
	FPÖ	3

Völkl verlässt die Sitzung 19:47 Uhr, Falb übernimmt die Sitzung

Weiss nimmt wieder an der Sitzung teil 19:49 Uhr

13. Änderung und Neudarstellung – Örtliches Entwicklungskonzept

Sachverhalt

Rosenberger: Auf Grund der Ergebnisse der Regionalen Leitplanung, die im Jahr 2023 in Form eines aktualisierten regionalen Raumordnungsprogrammes umgesetzt werden soll sowie der Novellen im NÖ Raumordnungsgesetz, sollte das örtliche Entwicklungskonzept entsprechend angepasst und überarbeitet werden und in Hinblick auf die vorgesehenen Festlegungen

konkretisiert werden. Dabei sollte ausgehend von einer Evaluierung der bisherigen Festlegungen (Ziele und Maßnahmen) im örtlichen Entwicklungskonzept konkrete zukunfts-trächtige Bestimmungen, die auch aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen (Migration/ Zuwanderung im Speckgürtel/Überalterung...) und globale Veränderungen (Klimawandel/ Energieversorgung/Energieerzeugung...) berücksichtigen, entsprechend vorgesehen werden. Die intensive Einbindung der Gemeindevertreter*innen sowie zu einem späteren Zeitpunkt auch der Bevölkerung bietet eine optimale Vorgehensweise zur zukünftigen Ausrichtung von Stockerau und ist damit die Grundlage für ein auf breiter Basis mitgetragenes neues örtliches Raumordnungsprogramm. Die Stadt Stockerau verfügt derzeit über ein veraltetes örtliches Entwicklungskonzept als Bestandteil des örtlichen Raumordnungsprogrammes.

Im Rahmen eines örtlichen Entwicklungs-konzeptes werden mögliche Erweiterungsgebiete bzw. weitere Nutzungsmöglichkeiten, aber auch potentielle Nutzungskonflikte aufgezeigt. Die Ergebnisse der gesamten Arbeit werden immer gemeinsam mit den Gemeindevertreter*innen (im Rahmen des zuständigen Ausschusses) diskutiert und in der Folge auch der Bevölkerung vorgestellt. Die letztendlich vorliegenden Pläne, Konzepte und Ergebnisse werden mit Vertreter*innen des Landes (Raumordnung/Naturschutz/ Raumordnungsrecht) abgestimmt. Um eine schlüssige Aufbereitung gegenüber der Aufsichtsbehörde sicherzustellen, ist es notwendig, die naturräumlichen Rahmenbedingungen (Natura 2000 Flächen, überflutungs-gefährdete Gebiete, Ortsbild- und landschaftsprägende Elemente und Faktoren, etc.) die strukturellen Rahmenbedingungen (unterschiedliche Nutzungstypen, gesetzliche Vorgaben, Straßenverbindungen, Verfügbarkeit der Flächen, etc.) und alle Arten von Planungen (Straßenbau, Betriebsstandorte, etc.) aufzuzeigen und diese mit den geplanten Entwicklungs-richtungen der Stadtgemeinde derart in Einklang zu bringen, sodass eine negative Beeinträchtigung der unterschiedlichen Nutzungen hintangehalten werden kann. Für die Änderung und Neudarstellung des örtlichen Entwicklungskonzeptes wurde bereits am 05.10.2022 ein Angebot von der RaumRegionMensch ZT GmbH eingeholt. Zu diesem Zeitpunkt war die Schwellenwertverordnung (Direktvergabe bis 100.000 € geschätztem Auftragswert möglich) noch gültig und ist somit für die gegenständliche Vergabe anzuwenden. Die angebotenen Kosten in Höhe von 87.000 € netto wurden dann unter Berücksichtigung einer dreijährigen Bearbeitungsdauer im Voranschlag 2023 berücksichtigt. Für das Bearbeitungs-jahr 2023 wurden 40.000 € netto berücksichtigt. Die restlichen 47.000 € werden in den Voranschlägen für die Jahre 2024 und 2025 vorgesehen. Die Arbeiten sollten parallel zur Rechtskraft des regionalen Raumordnungsprogrammes begonnen werden, sodass ein realistischer Bearbeitungsbeginn ab März 2023 zu erwarten ist. Die gesamte Bearbeitung wird sich über 18 bis 24 Monate erstrecken, eine Rechtskraft ist im Sommer 2025 anzustreben. Die detaillierten vorgesehenen Bearbeitungsschritte sind im Angebot des Raumplaners dargestellt. Für die Überarbeitung des örtlichen Entwicklungskonzeptes werden Förderungen des Landes NÖ in voraussichtlicher Höhe von 6.000 € gewährt.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die RaumRegionMensch ZT GmbH wird mit der Änderung und Neudarstellung des örtlichen Entwicklungskonzeptes gemäß Kostenschätzung vom 05.10.2022 mit einer Gesamtsumme in der Höhe von € 87.000,- netto beauftragt. Die im Jahr 2023 ausgabenwirksamen Kosten sind im Voranschlag 2023 gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	16

SPÖ	9
GRÜNE	4
FPÖ	3

Kamath-Petters und Osmanovic verlassen die Sitzung 19:53 Uhr

14. Erweiterung Volksschulen – Neubesetzung Baubeirat

Sachverhalt

Rosenberger: Aufgrund des Ausscheidens von Vizebürgermeister Othmar Holzer aus dem Gemeinderat wird für den Baubeirat für die Erweiterung der Volksschulen seitens der Fraktion der SPÖ als Mitglied Stadtrat Markus Rosenberger (bisher Ersatzmitglied) und als Ersatzmitglied Gemeinderat Christan Rester bestellt.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Mitglied für den Baubeirat betreffend Erweiterung der Volksschulen wird der SPÖ Stadtrat Herr Markus Rosenberger und als Ersatzmitglied der SPÖ Gemeinderat Herr Christian Rester bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	16
	SPÖ	8
	GRÜNE	3
	FPÖ	3

Ruzicka und Franta verlassen die Sitzung 19:54 Uhr

Osmanovic nimmt wieder an der Sitzung teil 19:55 Uhr

15. Restaurierung – Trauungssaal

Sachverhalt

Rosenberger: Die Wand- und Deckenmalerei weist erhebliche Schäden auf. Die Holzvertäfelungen zeigen unzählige Trockenrisse auf und die marmorierten Flächen platzen in Folge von Spannungsrissen großflächig ab. Nach Rücksprache mit dem Bundesdenkmalamt besteht die Absicht sämtliche Holzflächen anzuschleifen, zu reinigen und in mehreren Schichten zu lackieren und die Leisten in Altgold zu beschichten. Die Deckenmalerei inkl. der Stukatur soll nachgespachtelt und anschließend zweifarbig beschichtet werden. Bei den marmorierten Flächen sollen die Marmorschichten entfernt, der Untergrund vollflächig mit einem Glasfaservlies armiert und mit einer historischen Tapete tapeziert werden. Für die erforderlichen Leistungen wurden Restaurierungskosten in der Höhe von ca. € 25.000,- geschätzt. Entsprechend dem Bundesvergabegesetz wurde die Direktvergabe gewählt und ein Preisermittlungsverfahren eingeleitet. Es wurden insgesamt

drei Anbieter zur Anbotlegung eingeladen. Die Prüfung der eingelangten Angebote hat folgendes Ergebnis gebracht.

Firma	Brutto	Differenz %	Reihung
WKW	€ 20.561,68	+/- 0,00	1
Wohntraum Liebl	€ 23.813,68	+ 15,82	2
Daffert	€ 26.100,00	+ 26,94	3

Unter Zugrundelegung der vorliegenden Angebote sollen die erforderlichen Leistungen an WKW Wessitz mit einer Auftragssumme von Brutto € 20.561,68 vergeben werden. Die Bedeckung wird im Nachtragsvoranschlag berücksichtigt.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Restaurierungsarbeiten der Wand- und Deckenmalerei im Trausaal werden an die Firma WKW Wessitz mit einer Auftragssumme von Brutto € 20.561,68 beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	16
	SPÖ	8
	GRÜNE	3
	FPÖ	3

Völkl übernimmt den Vorsitz und nimmt an der Sitzung wieder teil 19:59 Uhr

Kamath-Petters nimmt an der Sitzung wieder teil 20:01 Uhr

Kopf, Gaida und Samer verlassen die Sitzung 20:07 Uhr

16. Beauftragungen – Strauchwipfelweg

Sachverhalt

Rosenberger: Die Stadtgemeinde Stockerau plant die Errichtung eines Strauchwipfelweges in der Stockerau Au direkt an der Forststraße beim Haus In der Au 7. Seitens des beauftragten Architekten wurde eine Ausschreibung erstellt und für diverse Gewerke Angebote eingeholt (Direktvergabe bzw. nicht offenes Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung bei den Schlosserarbeiten) aus denen nach Prüfung durch den Architekten nachfolgende Billigstbieter hervorgingen die gleichzeitig den Vergabevorschlag darstellen:

Schlosserarbeiten:

Schinnerl Metallbau GmbH	154.219,60 € netto
Suchan Leopold	158.054,00 € netto
Christian Ruzicka	149.264,00 € netto

Holzbau:

Holzbau Erlinger	40.930,00 € netto
Holzbau Schirrer GmbH	18.203,50 € netto
Wantzenböck	76.109,52 € netto

Aktionstafeln:

C-Folia Werbetechnik KG	2.384,00 € netto
Der Kunstladen	2.488,00 € netto
<u>Statik</u>	
DI Nemenc	9.250,00 € netto
DI Peter Spitzer	7.000,00 € netto
<u>Bauleitung – Einreichung:</u>	
Atelier Fürtner-Tonn	4.000,00 € netto
BM Wolfger	4.500,00 € netto

Für das Gesamtprojekt liegt eine Förderzusage in Höhe von 70 % der LEADER-Region Weinviertel Donaauraum vor. Der Stichtag wurde mit Schreiben vom 04.11.2022 der NÖ Landesregierung mit 25.10.2022 festgelegt. Aufgrund der im Naturschutzbescheid vom 13.05.2022 festgelegten Fristen für die Baumaßnahmen (1.08. bis 15.02.) soll die Ausführung mit August 2023 umgesetzt und heuer abgeschlossen werden. Die Baumeisterarbeiten wurden bereits im Dezember 2022 beauftragt und im Jänner 2023 umgesetzt. Die Vergabesumme von gesamt 180.851,50 € netto ist im Voranschlag 2023 bedeckt.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit den Leistungen für die Errichtung des Strauchwipfelweges werden nachfolgende Firmen beauftragt.

Schlosserarbeiten:

Christian Ruzicka	149.264,00 € netto
-------------------	--------------------

Holzbau:

Holzbau Schirrer GmbH	18.203,50 € netto
-----------------------	-------------------

Aktionstafeln:

C-Folia Werbetechnik KG	2.384,00 € netto
-------------------------	------------------

Statik

DI Peter Spitzer	7.000,00 € netto
------------------	------------------

Bauleitung – Einreichung:

Atelier Fürtner-Tonn	4.000,00 € netto
----------------------	------------------

Dummer: Wenn man nur die Auftragssumme nimmt, könnte man meinen das wird ein riesen Kolos aus Stahl und Beton. Es ist so nicht. Das ist ein Projekt, welches aus der Stadtentwicklung entstanden ist, wo sich Bürger:innen Gedanken gemacht haben. Natürlich gibt es auch andere Ideen, aber ich finde es sehr begrüßenswert, dass sich die Bürger:innen in diesen Prozess einbringen und wir jetzt ein sehr großes Projekt erstmals auch in der Umsetzung haben, das auch vom Land entsprechend gefördert wird. Obwohl das sehr viel Geld ist, begrüße ich das durchaus, dass wir dem nähertreten.

Klinger: Meiner Informationen nach gibt es eine naturrechtliche Genehmigung für diese Arbeiten, die hier getätigt werden müssen. Ich muss das sagen, weil es mir wichtig ist. Ich verwehre mich dagegen als Lügner bezeichnet zu werden, ich verwehre mich dagegen im Wirtschaftsausschuss mit Stasi-Methoden behandelt zu werden, wo mir unterstellt wird, dass wir jemanden abmontieren möchten. Wir möchten niemanden abmontieren. Was ich möchte ist, dass Naturschutzbestimmungen eingehalten werden. Ich möchte, wenn so Entscheidungen fallen, dass Rücksprache mit der Naturschutzbehörde gehalten wird. Wenn das der Fall ist, dann ist alles in Ordnung. Das ganze Umzudrehen und dann uns als Lügner hinzustellen, das halte ich als sehr bedenklich. Ich habe eben um eine Entschuldung was die Stasi-Methoden betrifft, das ist nicht passiert. Ich bitte noch einmal, ich möchte haben, dass man das zurücknimmt. Ich muss sagen, das war ganz extrem was da passiert im Augenblick.

Völkl: Wir führen diese Diskussion nicht mehr. Ich sage es waren 3 Kleinflächen und gemeldet wurde das anders. Das war nicht den Tatsachen entsprechend gemeldet. Wir diskutieren das jetzt nicht aus.

Kubat: Ich wollte noch zur Ergänzung von Herrn Dummer machen bezüglich der enormen Kosten. Es ist schön, dass die LEADER-Region 70% der Kosten übernimmt. Da ist uns wirklich allen ein gutes Stück gelungen.

Völkl: Es ist ein massiver Eingriff in die Natur, das muss man auch sagen.

Falb: Wir waren uns da sehr einig was dieses Projekt betrifft. Ich persönlich bin schon mehrfach negativ angesprochen worden auf das, was da jetzt draußen in der Au passiert. Ich würde uns allen gemeinsam bitten, dass wir dieses Projekt positiv verkaufen in der Öffentlichkeit in unseren Zwiesgesprächen. Es sehen nicht alle Bürger positiv. Das eine ist die rechtliche Situation und das andere ist, wir wissen die Leute sind sehr sensibel insbesondere was die Au betrifft. Es ist ein großer Eingriff, dafür mussten auch Bäume fallen. Ich möchte auch haben, dass wir uns gemeinsam künftig zu allfälligen Sicherungsmaßnahmen bekennen. Dort wird auch eingegriffen werden müssen in Zukunft um die Benützungssicherheit dieses Strauchwipfelweges zu garantieren. Meinen Erfahrungen zufolge tun wir uns da dann schwer. Ich würde darum bitten, dass wir das gemeinsam als positives und gutes Projekt vertreten, auch wenn es nicht so aussieht derzeit. Einige Bürger:innen in Stockerau sehen das Projekt nicht positiv.

Kubat: Ich möchte da nur kurz replizieren. Es gibt ein Gerichtsurteil vom LVG NÖ. Einzelstammentnahme aufgrund von Wegesicherheit ist erlaubt. Alles andere sind Projekte, die eine Verträglichkeitsprüfung brauchen und das andere ist zum Strauchwipfelweg, da liegt eine naturschutzrechtliche Bewilligung vor. Dass dort Bäume wieder gefällt wurden, verstehe ich selber nicht. Das ist passiert, aber das war nicht für das Projekt, das muss man sagen. Die Bäume hätten nicht das Projekt gefährdet.

Völkl: Die Bäume mussten gefällt werden. Die hätten wir normalerweise nie gefällt, 9 Stück. Sie mussten gefällt werden, weil sie die Verkehrssicherheit nicht gewährleistet war. Wir haben das Projekt unterstützt und mich hat es auch sehr gewundert, aber natürlich hat man schon verschiedene Rollen und Interessen mit der Au-Gruppe und hat das immer als ein sehr schönes Projekt gefunden. Nur wenn die GRÜNEN so konsequent in ihrer Meinung sind, dort kommen 14 m³ Beton und Stahl rein, neun Bäume sind gefallen und es wird noch weitere Sicherungsschritte geben müssen. Dort fährt dann auch sehr schwere Fahrzeug rein und von der Fläche her, wird das zirka die gleiche Fläche haben, wo wir die Maßnahmen für neue Bäume zum wiederaufforsten getroffen haben. Das sind Sichtweisen lieber Herr Gemeinderat. Ihre Sichtweise als GRÜNER, als Mitglied der Au-Gruppe, als Aktivist und als Gemeinderat, das soll alles so sein.

Hödl: Nur eine kurze Berichtigung. Du hast davon gesprochen, dass die forstlichen Maßnahmen an einem Projekt seien, die einer Bewilligung bedürfen. Das stimmt nicht, das ist deine Behauptung.

Abstimmungsergebnis:		einstimmig beschlossen
Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	13
	SPÖ	9
	GRÜNE	4
	FPÖ	3

Kopf, Gaida, Samer, Franta und Ruzicka nehmen wieder an der Sitzung teil 20:08 Uhr

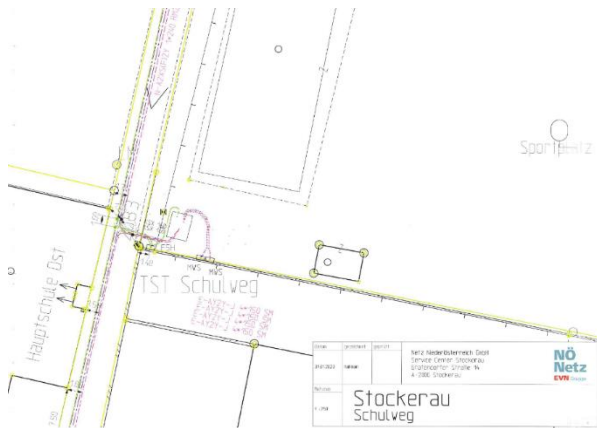
Strahammer verlässt die Sitzung 20:08 Uhr

Ref. 02 – Anträge Stadtrat Beteiligung und Liegenschaften

17. Dienstbarkeitsvertrag – Netz NÖ V2023/0124 – Trafo Schulweg

Sachverhalt

Koll: Die Netz NÖ hat auf dem Grundstück Gst. Nr. 12/2, KG 11.142 Stockerau, eine neue Trafostation samt zugehöriger Mess-, Steuer-, Fernmelde- und Datenübertragungseinrichtungen mit einer Dienstbarkeitsfläche von 1,50 m rund um den Stationskörper und zu- und wegführender Anschlusskabelleitungen errichtet. Diesbezüglich liegt ein Dienstbarkeitsvertrag V2023/0124 vor, der zwischen Netz NÖ und der Stadtgemeinde abgeschlossen werden soll.



KG Nr.	Katastralgemeinde	GstNr.	EZ	GBNr.	Grundbuch	Beanspruchung
11142	Stockerau	12/2	6252	11142	Stockerau	Trafostation samt zugehöriger Mess-, Steuer-, Fernmelde- und Datenübertragungseinrichtungen mit einer Dienstbarkeitsfläche von 1,5m rund um den Stationskörper und zu- und wegführender Anschlusskabelleitungen

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Errichtung der Trafostation auf dem Grundstück mit der Nummer 12/2, KG Stockerau, der Stadtgemeinde Stockerau (Schulweg), wird der beiliegende Dienstbarkeitsvertrag V2023/0124 beschlossen und unterfertigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	8
	GRÜNE	4
	FPÖ	3

18. Zu- und Abschreibungen öffentliches Gut – Landesstraßen

Sachverhalt

Koll: Seitens der NÖ Landesregierung wurde eine Vermessung der B3 und L1127 in der KG Stockerau durchgeführt. Gemäß dem Teilungsplan GZ. 52711 sollen Teile aus dem öffentlichen Gemeindegut entlassen bzw. neu übernommen werden. Hierfür ist eine entsprechende Kundmachung der Gemeinde als Beilage für den Antrag auf grundbücherliche Durchführung erforderlich. Diese Kundmachung sowie die diversen Zu- und Abschreibungen öffentliches Gut von B3, L1127 (Landesstraßen) soll beschlossen werden:

1.1. Die in beiliegender Vermessungsurkunde des *Amtes der NÖ Landesregierung, Abteilung Allgemeiner Baudienst, GZ 52711* in der KG Stockerau dargestellten und nachfolgend angeführten Trennstücke werden dem öffentlichen Gut der Gemeinde abgeschrieben und an die in der Vermessungsurkunde angeführten neuen Eigentümer übertragen:

Trennstück Nr. 1, 4, 9, 12, 17

1.2. Der Restteil der nachfolgend angeführten und sich im öffentlichen Gut befindlichen Grundstücke verbleibt im öffentlichen Gut bei gleich gebliebener Widmung:

Grundstück Nr. 2079/5, 2582/1, 2582/2, 2584/13

2.1. Die in beiliegender Vermessungsurkunde des *Amtes der NÖ Landesregierung, Abteilung Allgemeiner Baudienst GZ 52711* in der KG Stockerau dargestellten und nachfolgend angeführten Trennstücke werden in das öffentliche Gut der Gemeinde übernommen:

Trennstück Nr. 2, 3, 5, 6, 8, 10

2.2. Die nachfolgend angeführten Grundstücke werden in das öffentliche Gut der Gemeinde übernommen: Grundstück Nr. 2582/16, 3992/2

3. Die Vermessungsurkunde ist ein fester Bestandteil dieses Beschlusses und liegt beim Gemeindeamt während der Amtsstunden zur Einsicht auf. Gegen eine Verbücherung gemäß §§ 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz besteht kein Einwand.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

1.1. Die in beiliegender Vermessungsurkunde des *Amtes der NÖ Landesregierung, Abteilung Allgemeiner Baudienst, GZ 52711* in der KG Stockerau dargestellten und nachfolgend angeführten Trennstücke werden dem öffentlichen Gut der Gemeinde abgeschrieben und an die in der Vermessungsurkunde angeführten neuen Eigentümer übertragen: Trennstück Nr. 1, 4, 9, 12, 17

1.2. Der Restteil der nachfolgend angeführten und sich im öffentlichen Gut befindlichen Grundstücke verbleibt im öffentlichen Gut bei gleich gebliebener Widmung: Grundstück Nr. 2079/5, 2582/1, 2582/2, 2584/13

2.1. Die in beiliegender Vermessungsurkunde des *Amtes der NÖ Landesregierung, Abteilung Allgemeiner Baudienst GZ 52711* in der KG Stockerau dargestellten und nachfolgend angeführten Trennstücke werden in das öffentliche Gut der Gemeinde übernommen:

Trennstück Nr. 2, 3, 5, 6, 8, 10

2.2. Die nachfolgend angeführten Grundstücke werden in das öffentliche Gut der Gemeinde übernommen: Grundstück Nr. 2582/16, 3992/2

3. Die Vermessungsurkunde ist ein fester Bestandteil dieses Beschlusses und liegt beim Gemeindeamt während der Amtsstunden zur Einsicht auf. Gegen eine Verbücherung gemäß §§ 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz besteht kein Einwand.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0

	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	8
	GRÜNE	4
	FPÖ	3

Strahammer nimmt wieder an der Sitzung teil 20:15 Uhr

Ref. 08 – Antrag Stadtrat Verkehr, Infrastruktur und Straßen

19. Radweg Gaswerkstraße – Vertrag EVN

Sachverhalt

Hödl: Die Stadtgemeinde möchte eine bessere Geh- und Radverbindung in Richtung Bahnhof entlang der Gaswerkstraße schaffen. Hierzu wird eine Teilfläche des Grundstücks Nr. Baufl. .408, EZ 5878, Grundbuch 11142 Stockerau im Eigentum der Netz NÖ GmbH benötigt. Der diesbezüglich erforderliche, von der Netz NÖ GmbH erstellte Vertrag sieht vor, dass eine Fläche von 428 m² seitens der Stadtgemeinde in Anspruch genommen werden soll. Vertragsbeginn ist der 01.06.2023 und der Vertrag soll auf unbestimmte Zeit abgeschlossen werden. Seitens der Stadtgemeinde muss aufgrund der Trassenführung die Anzahl der Bäume verringert werden, der Humus abgeschoben und der Untergrund unter Berücksichtigung der Altlastenfläche nutzungsgemäß hergestellt und zum Firmengelände ein Zaun versetzt bzw. neu errichtet werden. Der Geh- & Radweg ist auf Kosten der Stadtgemeinde zu errichten, sowie das bestehende Einfahrtstor der EVN zu versetzen. Die Wartung und Pflege der Fläche geht ebenfalls in die Sphäre der Stadtgemeinde über. Die jährlichen Kosten ergeben sich aus dem indexierten Bestandzins. Der jährliche Bestandzins in der Höhe von € 343 (Indexierte Kosten 2021) wird anhand des Verbraucherpreisindex 2020 für die Folgejahre angepasst (die Indexanpassung erfolgt jährlich um den Jahresdurchschnitt des vorhergehenden Jahres zum 01.05. jeden Jahres). Zusätzlich fällt einmalig die gesetzlich vorgegebene Rechtsgeschäftsgebühr an. Die Gesamtkosten für das Jahr 2023 setzen sich aus den aliquoten laufenden Jahreskosten des Bestandzinses und den einmaligen Vergebührungskosten (Rechtsgeschäftsgebühr) zusammen.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Errichtung des Geh- & Radwegs in der Gaswerkstraße, wird der beiliegende Vertrag beschlossen und unterfertigt.

Mayer: Wir können diesem Projekt nur zustimmen, da wir dies bereits bei der vorigen Stadtregierung gefordert haben. Wir wurden aber immer vertröstet bis zu dem Ergebnis, dass es nicht zustande gekommen ist. Da wir aber sehen, dass so manche Projekte jetzt doch durch die ÖVP umgesetzt werden, möchte ich die Gelegenheit nutzen und auf den Rad- und Fußweg über die Brücke Eduard Rösch-Straße/Senningbach hinweisen, der ist nicht ganz ungefährlich. Vielleicht kann man sich das auch einmal vor Ort ansehen, auch hier wurden wir immer vertröstet.

Hödl: Danke, sehr gerne. Wir haben uns das schon einmal angeschaut und eine Variante mit einer Brücke daneben untersucht. Wir haben uns angeschaut, ob wir allenfalls aus dem bestehenden Bauwerk etwas dazu dübeln können. Die Herausforderung ist groß, weil wir Oberwasserseitig von der Brücke die Einleitung in den Bach haben. Es ist ein Challenge und eines der Themen, die hoffentlich auch nicht die nächsten 10 Jahren beredet werden. Das ist wirklich eine gefährliche Stelle, da bin ich ganz bei dir. Ich bin guten Mutes, dass wir das mit der Unterstützung vom Gernot Altinger im Baubereich und Landesstraßenplanung gemeinsam umsetzen und schaffen.

Mayer: Ja, danke. Das ist sehr erfreulich. Ich möchte nur sagen, weil ich ja schon länger im Gemeinderat bin, da gibt es sogar einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss dafür, dass das umgesetzt wird. Das ist schon etwas länger her. Im Zuge der Kreisverkehre wurde uns versprochen, dass das gemacht wird. Der Kreisverkehr ist und die Brücke ist noch immer so.

Hödl: Noch ein letzter Satz dazu. Den Gemeinderatsbeschluss hat es gegeben, aber keine technische Lösung, zumindest bis dato.

Mayer: Wichtig, dass man es aufzeigt.

Abstimmungsergebnis:		einstimmig beschlossen
Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	9
	GRÜNE	4
	FPÖ	3

Ref. 09 – Antrag Stadtrat Verwaltung und Digitalisierung

20. Hinweisgeber-Portal

Sachverhalt

Falb: Aus gesetzlichen Gründen im Rahmen des Hinweisgeberschutzgesetzes ist es notwendig, für Personen, die auf Missstände hinweisen wollen, ein dafür geeignetes Online-Portal öffentlich zur Verfügung zu stellen.

Es liegen vier Angebote vor:

IT-Kommunal GmbH - i-Inform: einmalig € 1.000 – jährliche Kosten € 1.700

Servicedesk-Service mit Vorfilterung von für die Stadtgemeinde nicht relevanten Hinweisen: jährlich € 1.150 / Unbeschränkte Useranzahl, Hinweise über Kategorien delegierbar

gemdat GmbH - Akarion: einmalig € 500 – jährliche Kosten € 1.740

Keine weitere Serviceleistung möglich, nur eine User-Lizenz

iComply GmbH - iWhistle: einmalig € 1.500 – jährliche Kosten € 2.388 / Keine weitere Serviceleistung möglich, unbeschränkte Useranzahl, Hinweise über Kategorien intern delegierbar

Dr. Werner Pilgermair: einmalig € 900 – jährliche Kosten € 300

Rechtliche Einschätzung bei Hinweisen, nur eine User-Lizenz

Alle Preise exkl. MwSt.

Die angebotene Lösung für von Dr. Werner Pilgermair ist nach Prüfung durch die Stadtsamtsdirektion und der IT-Abteilung, sowie nach Recherchen zu bisherigen Erfahrungen anderer Gemeinden, ausreichend. Die Investition ist im laufenden EDV-Budget enthalten.

Antrag

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Um die gesetzlichen Anforderungen im Rahmen des Hinweisgeberschutzgesetzes zu erfüllen, wie im Amtsbericht angeführt, soll der Auftrag zum Ankauf eines Hinweisgeber-Portals mit der Nettoauftragssumme von einmalig € 900 und jährlich € 300 an Dr. Werner Pilgermair entsprechend des Angebotes vom 23.11.2023, erteilt werden.

Muth: Ich habe mir das durchgelesen und gedacht interessant, dass das eine Unternehmensberatungsfirma anbietet und nicht eine große Rechtsanwaltskanzlei. Wissen wir, wie viele juristische Sachverständige dort in der Firma tätig sind?

Falb: Wenn ich mich nicht ganz täusche ist der Herr Dr. Pilgermair sogar ein Jurist. Ich möchte, dass jetzt nicht beschwören. Tatsache ist, dass er für mehrere Städte solche Lösungen bereits anbietet und umsetzt.

Muth: Weil das einer der Firmen betont, dass das in einem österreichischen Rechenzentrum verarbeitet wird. Wissen wir da etwas darüber?

Kamath-Petters: Der ist Rechtsanwalt, das hat Frau Mag. Pinggera uns gesagt im Ausschuss.

Falb: Da muss ich nachfragen, aber ich gehe davon aus, dass es in Europa ist. Ich sehe im Amtsbericht steht, dass er Unternehmensberater ist, ein Doktor in Rechtswissenschaften.

Völkl: Die Frage mit dem Rechner?

Falb: Ich würde dazu einladen im Vorfeld solche Fragen zu stellen.

Pollak: Die Vorfilterung, in welcher Form wird die passieren? Wird da inhaltlich bewertet, was an die Gemeinde weiterzuleiten ist?

Falb: Ja, das wird der machen.

Pollak: Wer im Rathaus wird das empfangen?

Falb: Die Frau Stadtamtsdirektorin.

Rosenberger: Ich habe noch eine Frage dazu. Als Mitarbeiter in einem großen Konzern sagt mir das inhaltlich natürlich auch etwas. Ich möchte nur anregen, zum einem ist die Einrichtung eines solchen Portals natürlich sehr begrüßenswert. Zum anderem ist nicht nur die Einrichtung, dass was notwendig ist, sondern ich denke auch, dass die Mitarbeiter zumindest die Informationen bekommen um was es geht, was kann man dort einbringen und welche Dinge sind wichtig. Ist da irgendetwas angedacht?

Falb: Das ist angedacht. Wir haben uns bemüht, das in relativ kurzer Zeit aufzustellen. Natürlich wollen wir die Informationen den Mitarbeitern mitteilen wie das funktioniert.

Rosenberger: Sehr gut. Dankeschön.

Völkl: Es finden regelmäßig Unterweisungen zum Datenschutz und diese Themen statt.

Rosenberger: Das ist ja auch gesetzlich vorgegeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Gegenstimmen:	ÖVP	0
	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Stimmenthaltung:	ÖVP	0

	SPÖ	0
	GRÜNE	0
	FPÖ	0
Prostimmen:	ÖVP	17
	SPÖ	9
	GRÜNE	4
	FPÖ	3

Kamath-Petters: Am Ende der öffentlichen Sitzung möchte ich noch etwas bekanntgeben in eigener Sache. Es betrifft euch auch. Ich gebe hier meinen Rücktritt bekannt aus beruflichen und familiären Gründen. Ich bitte euch um Verständnis, die Gremien bei uns GRÜNEN tagen und wir werden das Mandat sobald wie möglich nachbesetzen. Jetzt kann ich noch etwas sagen. Ich habe die letzten 6,5 Jahre richtig genossen mit euch allen. Für mich war oberstes Gebot immer in der Sache hart zu sein und mir kein Blatt vorm Mund zu nehmen. Ich habe alle von euch durch die Bank wertgeschätzt und tue das noch immer. Bitte schaut, dass ihr persönlich immer auf Augenhöhe und Wertschätzung miteinander kommuniziert. Dann ist für euch allen ganz individuell und euren Parteien auch Erfolg möglich. Mit dieser Werthaltung kommt man richtig gut durch den Alltag und durch die politische Landschaft.

Völkl: Liebe Radha, das ist heute für uns alle überraschend. Auch du bist ein geschätztes, wertvolles Mitglied dieses Gemeinderates. Es war die Jahre immer sehr schön mit dir zu arbeiten. Ganz besonders wichtig waren dir die Frauenthemen. Da hast du immer sehr viel wert darauf gelebt und eine verbindende Art gehabt. Es war sehr schön, dass du Teil des Gemeinderates warst, dass wir viel miteinander geredet und uns ausgetauscht haben. Ich wünsche dir wirklich alles Gute, das alles Gelingt was in der Zukunft vor dir liegt.

Kubat: Liebe Radha. Panta Rhei. Wenn ich dich ansehe, fällt mir dieser Spruch von Heraklit ein „Alles fließt“. Alles ist in stetiger Bewegung und Weiterentwicklung. Deine persönliche Weiterentwicklung war auch deine Charakterstärke, die auch deine Politik immer wieder geprägt hat, besonders im sozialen Bereich. Immer das nach vorne Denken, das immer weiter nach vorne schauen und das Zukunftsfähige. Dass du in der Sache hart bist, haben wir heute zu Beginn miterleben dürfen. Dass du die GRÜNEN Werte lebst und sie auch in deinen Alltag integrierst, das zeichnet dich aus. Du predigst nicht Wein und bringst Wasser, sondern du bist authentisch so wie du bist. Das, was du dir denkst, sagst du auch. Wenn ich noch eines persönlich hinzufügen darf. Als ich zu den GRÜNEN Stockerau kam, habe ich eine Kollegin angetroffen, heute darf ich mich nicht von einer Kollegin verabschieden sondern von einer sehr engen und sehr geschätzten Freundin. Ich werde, aber nicht auf Wiedersehen sagen, weil ich weiß wir werden uns sehen, sicherlich in einigen kommenden GRÜNEN Arbeitssitzungen. Wo du dann als Aktivistin voraussichtlich dabei sein wirst. Also sage ich nur bis bald und vielen lieben Dank für alles was du für die GRÜNEN und für die Stadt gemacht hast.

Osmanovic: Ich möchte mich auch in unseren Namen bei dir für die Zusammenarbeit bedanken. Wir haben nur kurze Zeit in einem Ausschuss die Möglichkeit gehabt zusammenzuarbeiten. Das hat gut gepasst und länger will das auch nicht machen. Vielen Dank, alles Gute dir für deine Zukunft.

Pohl: Ich weiß, dass bald die Pause ist. Aber Radha, auch von unserer Seite herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit.

Kamath-Petters: Danke.

Völkl dankt und schließt die öffentliche Sitzung.

Die Bürgermeisterin
Mag. (FH) Andrea Völkl

Für die ÖVP-Fraktion

Für die SPÖ-Fraktion

StR Dr. Christian Moser

2. Vizebgm. Heinz Scheele

Für die GRÜNEN-Fraktion

Für die FPÖ-Fraktion

StR DI Dietmar Pfeiler

StR Herbert Pohl

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Mag. Christina Pinggera

Birgit Bauer